

Grenzen sollen aufgebrochen werden

Kantonsfusion Initiativen und Postulate streben den Kanton Basel an. Ein Kanton Nordwestschweiz scheint jedoch in der Gunst der Politiker zu steigen.

VON SEBASTIAN MOOS

CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider spricht von Grosskantonen. Sie überlegt sich, auf nationaler Ebene einen Vorstoss einzureichen, der eine Stärkung der Regionen verlangen würde. «Ich kann mir vorstellen, dass in hundert Jahren die Kantonsgrenzen von heute nicht mehr gleich sind.» Auch für die Basler Grossrätin Martina Bernasconi (GLP) geht eine Kantonsfusion der beiden Basel zu wenig weit. Die Grünliberalen hätten deshalb eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich in den Parlamenten der Region mit dem Ziel eines Kantons Nordwestschweiz beschäftigt.

SVP-Landrat Karl Willimann hält einen Kanton Basel für «kalten Kaffee» und sieht die Chance in einem

Kanton Nordwestschweiz. «Dies wäre politisch ein gutes Modell, die Stadt könnte nicht dominieren.» Einen solchen Verbund begrüsst grundsätzlich auch Grünen-Landrat Klaus Kirchmayr, «rechtlich ist das in einem Schritt jedoch nicht machbar.» Die Grünen erarbeiten deshalb eine Initiative zur Fusion der beiden Basel. Der Initiativtext soll allerdings so gestaltet werden, dass er offen für Erweiterungen bleibt.

Simulation und Initiative

Ein Anzug im Grossen Rat und ein Postulat im Landrat fordern daneben seit längerem eine Simulation, welche die «Basler Wiedervereinigung neutral und möglichst bürgernah» modelliert. Mitinitiantin Schneider zeigt sich diesbezüglich wenig optimistisch. «Ich habe es bisher nur auf dem Latrinenweg gehört, gehe aber davon aus, dass im Verlauf des März' beide Regierungen die Simulation zur Ablehnung empfehlen werden.» Da sie nun wisse, dass die Simulation wohl nicht zustande kommt, «sehe

ich nur noch die Initiative als Lösung.» Sie habe allerdings Angst, dass diese unter «grünem Hut» lanciert wird. «Dies ist ein zu wichtiges Anliegen

«Der Match spielt schon lange nicht mehr zwischen Basel und Liestal.»

Klaus Kirchmayr, Landrat Grüne

gen, als dass man es parteipolitisch aufziehen dürfte», betont Schneider daher. Karl Willimann hält die Initiative gar für wahlkämpferische «Schaumschlägerei».

Die Grünen widersprechen beiden Vorwürfen. Der Liestaler Stadtrat Lukas Ott weist auf die intensiven Vorbereitungen hinter den Kulissen hin. «Bevor wir an die Öffentlichkeit treten, muss der Initiativtext sorgfältig ausgearbeitet werden. Wichtige staatspolitische Fragen sind zu klären.» Die bz weiss, dass Juristen der Universität Basel daran beteiligt sind. Laut Ott liegt noch keine abschlies-

sende Fassung vor, letzte Korrekturen würden an einem Entwurf noch vorgenommen. Und «dieser wird Elisabeth Schneider sicher unterbreitet», besänftigt er. «Niemand muss Angst haben, zu kurz zu kommen.»

Klaus Kirchmayr betont: «Das ist keine «grüne» Initiative.» Er will sie so breit wie möglich abstützen, «von links bis rechts, von Politik bis Wissenschaft, von Kultur bis Sport.» Laut Kirchmayr sind die Initianten im Zeitplan: «Im Februar wollen wir Leute für ein Komitee angehen und ungefähr im April mit der Initiative an die Öffentlichkeit treten». Sie seien entschlossen und hätten schon viel Arbeit in die Initiative investiert.

Die Gräben zwischen den beiden Kantonen, von Willimann als unüberwindbar eingestuft, zweifelt Kirchmayr an. Die Lebenswirklichkeiten hätten sich verändert, die langfristigen Perspektiven forderten eine Zusammenarbeit. «Der Match spielt schon lange nicht mehr zwischen Basel und Liestal, wir stehen im Wettbewerb mit anderen Regionen.»